

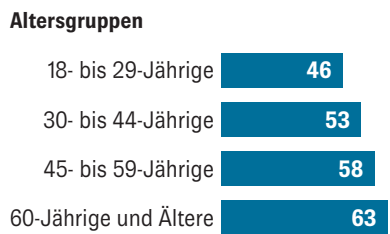
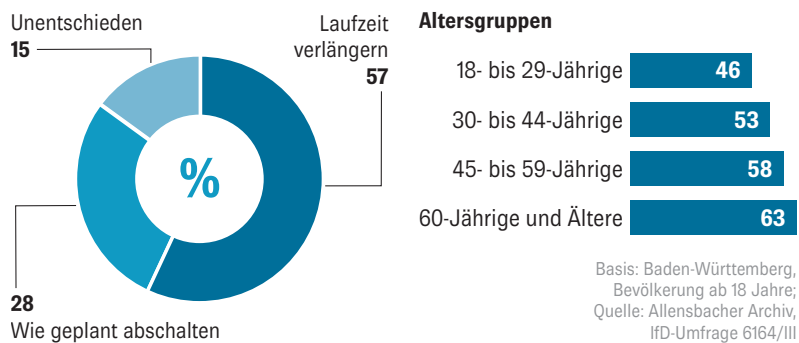


Als letztes Atomkraftwerk in Baden-Württemberg soll Neckarwestheim II im Landkreis Heilbronn bis Ende des Jahres vom Netz – eine Mehrheit spricht sich aber für eine Laufzeitverlängerung aus. BILD: DPA

Atomkraft ja – Tempolimit nein

Mehrheit fordert Laufzeitverlängerung für Neckarwestheim II

In Baden-Württemberg steht mit Neckarwestheim II eines der letzten aktiven Kernkraftwerke Deutschlands. Es soll Ende dieses Jahres vom Netz gehen. Was meinen Sie: Sollte man in der jetzigen Situation zur Sicherung der Energieversorgung die Laufzeit von Neckarwestheim II verlängern, oder sollte man Neckarwestheim II wie geplant Ende des Jahres abschalten?



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/III

Von Christian Gottschalk

Die warme Jahreszeit kommt, aber warm ums Herz ist es den Menschen gerade nicht zumute. Der Krieg in der Ukraine hat dem Optimismus im Land einen Dämpfer versetzt. Nur noch weniger als ein Viertel aller Baden-Württemberger sieht den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnung entgegen. Die große Mehrheit ist tief besorgt. Dies legt die aktuelle Meinungsumfrage im BaWü-Check offen.

Stimmung

Die Coronapandemie hat die Vorarbeit geleistet, der russische Angriff auf die Ukraine versetzt der guten Laune nun vollends den Todesstoß. Schon in den letzten zwei Jahren war die Stimmung in der Bevölkerung eher verhalten. Nun ist der Optimismus nahezu verschwunden. Gerade einmal 24 Prozent der Befragten sehen mit Freude nach vorn. Im Juli waren es noch 45 Prozent gewesen. Der Krieg, die Sicherheit der Energieversorgung und Inflationsängste bestimmen aktuell die Gefühlswelt. Ein Drittel der Baden-Württemberger schaut daher mit Skepsis, ein weiteres Drittel sogar mit Befürchtungen auf die kommenden zwölf Monate.

Flüchtlinge

Gegenüber den aus der Ukraine geflüchteten Menschen ist die Hilfsbe-

reitschaft groß. Jeder Zweite im Land hält es für richtig, dass Baden-Württemberg so viele Flüchtlinge aufnimmt wie möglich. 43 Prozent geben an, man solle nur eine bestimmte Zahl an Flüchtlingen aufnehmen, sechs Prozent wollen gar keine, oder nur sehr wenige Flüchtlinge im Land. Die grundsätzliche Bereitschaft, Flüchtlinge bei sich zu Hause aufzunehmen ist hoch. 44 Prozent der Baden-Württemberger geben an, dazu bereit zu sein. Jeder Dritte schließt dies allerdings kategorisch aus. Gerade einmal zwölf Prozent der Menschen im Land geben an, sie hätten die räumlichen Möglichkeiten, Flüchtlinge bei sich zu Hause aufzunehmen. Die überwältigende Mehrheit kann dies nicht.

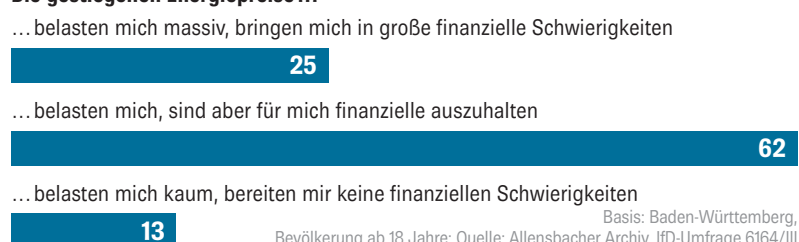
Energiepreise

Die große Mehrheit der Befragten macht sich Sorgen um die Sicherheit der Energieversorgung, schon jetzt ist die Belastung durch gestiegene Preise für Benzin, Diesel, Heizöl, Gas und Strom hoch. Jeder Vierte berichtet davon, dass ihn die gestiegenen Preise massiv belasten und in große Schwierigkeiten bringen. Weitere 62 Prozent spüren die Belastung, halten diese aber für (noch) verkraftbar. 13 Prozent ficht das Hauptthema der letzten Tage nicht weiter an. Sie geben an, von den Preissteigerungen kaum belastet zu werden und haben keine finanziellen Schwierigkeiten aus diesem Grund.

Jeder Vierte ist durch gestiegene Energiepreise in großen finanziellen Schwierigkeiten

Wie stark sind Sie derzeit von den gestiegenen Energiepreisen betroffen? Welcher der folgenden Punkte trifft am ehesten auf Sie zu? (Angaben in Prozent)

Die gestiegenen Energiepreise ...



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/III

Der Krieg in der Ukraine hat den Zukunftsoptimismus der Menschen in Baden-Württemberg massiv einbrechen lassen. Dies zeigt eine aktuelle Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach, die im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage durchgeführt wurde. Die Mehrheit der Befragten sorgt sich zudem um die Sicherheit der Energieversorgung.

Landesweite Umfrage

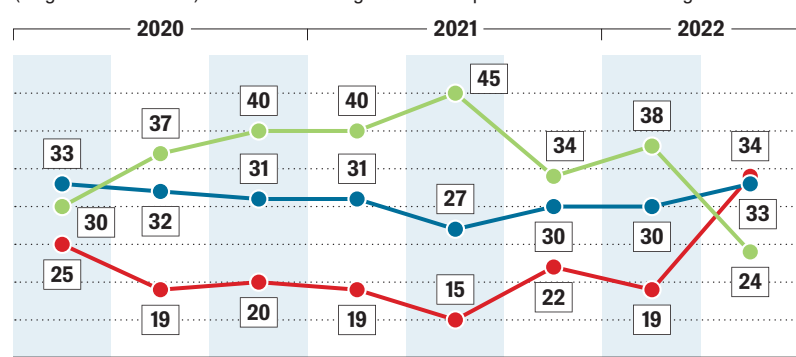
Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die das Institut für Demoskopie Allensbach inzwischen zum neunten Mal durchgeführt hat.

Befragung: Im Zeitraum vom 23. bis 29. März 2022 wurden in Baden-Württemberg 1057 Personen online befragt. Die per Zufall ausgewählten Personen erhielten eine E-Mail und konnten über einen Link zum Fragebogen gelangen. Der Fragebogen umfasste 14 Fragen. Die Befragten konnten vorgegebene Antworten anklicken.

Auswahlmethode: Befragt wurden Personen ab 18 Jahren aus der deutschsprachigen Bevölkerung in Baden-Württemberg. Die repräsentative Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl ermittelt, erklärt das Institut für Demoskopie in Allensbach. red

Zusammenbruch des Zukunftsoptimismus

Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnung oder Befürchtung entgegen? (Angaben in Prozent)



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/III

Staatliche Hilfe

Die von der Ampelkoalition beschlossenen Hilfsmaßnahmen gegen die hohen Energiepreise treffen zum Teil auf Zustimmung. 69 Prozent der Baden-Württemberger fordern, die Steuern auf Benzin und Diesel zu senken. Von denen, die angeben, durch die hohen Energiepreise selbst stark betroffen zu sein, sind es sogar 78 Prozent, die für eine Steuerentlastung plädieren. Den Vorschlag von Finanzminister Christian Lindner (FDP), den Menschen beim Tanken direkt einen Zuschuss zu gewähren, halten gerade einmal zwölf Prozent für eine gute Idee. Noch geringer ist die Zustimmung zu dem Plan, die Pendlerpauschale zu erhöhen. Das finden gerade einmal acht Prozent der Befragten sinnvoll.

Tempolimit und Energiesparen

Mit einem Tempolimit auf deutschen Autobahnen lässt sich Sprit sparen – und somit der Ölimport senken. Die Rechnung der Wissenschaftler ist das eine, die Meinung der Baden-Württemberger das andere. 47 Prozent halten Tempo 100 auf der Autobahn für einen schlechten Vorschlag, 37 Prozent sind dafür. Vor allem Vielfahrer sprechen sich gegen ein Tempolimit aus. Energiesparen ist gleichwohl ein Thema. 45 Prozent geben an, weniger Auto zu fahren, 36 Prozent sagen, dass sie zu Hause weniger heizen.

Atomkraftwerke

In Deutschland sind derzeit drei Atomkraftwerke in Betrieb, am

Jahresende sollen sie ausgeschaltet werden. Eines davon steht in Neckarwestheim. Die einst breite Unterstützung für den Ausstieg aus der Kernenergie ist in der Vergangenheit zurückgegangen, mit dem Krieg in der Ukraine sinkt sie rapide. 57 Prozent der Menschen im Land fordern, die Laufzeit der Kraftwerke zu verlängern, um die Energiesicherheit zu gewährleisten. 28 Prozent sprechen sich dafür aus, die Kraftwerke am Jahresende stillzulegen.

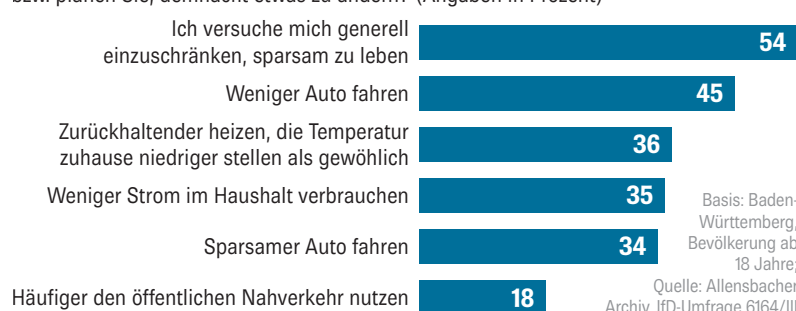
Gleichzeitig unterstützt eine klare Mehrheit den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien. 60 Prozent wollen den Windkraftausbau schnell vorantreiben. Die Anhänger der Grünen sind mit 85 Prozent besonders stark dafür. Insgesamt 55 Prozent aller Befragten halten es für einen guten Vorschlag, die Einsparungsmöglichkeiten der Bürger gegen geplante Windräder zu begrenzen, um die Genehmigungsverfahren schneller voran zu treiben. Und immerhin 58 Prozent geben an, dass sie auch ein Windrad in ihrer Nachbarschaft nicht stören würde.

Hier spart der Staat

Sparen sollte der Staat am ehesten bei Großprojekten – das sagen 56 Prozent der Baden-Württemberger. Auf Rang zwei der vorgeschlagenen Einsparmöglichkeiten steht die Sportförderung (30 Prozent). 27 Prozent sind für Sparmaßnahmen bei Kultureinrichtungen. Am wenigsten soll aus der Sicht der Menschen bei Krankenhäusern oder Sozialstationen eingespart werden.

Genutzte Einsparpotentiale im Alltag

Haben Sie wegen der gestiegenen Energiepreise etwas in Ihrem Alltag geändert bzw. planen Sie, demnächst etwas zu ändern? (Angaben in Prozent)



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/III

CORONA AKTUELL

Stetig fallende Inzidenz

Stuttgart. Die Sieben-Tage-Inzidenz der Corona-Neuinfektionen geht im Südwesten immer weiter zurück. Auch nach knapp zwei Wochen sinkt die Zahl der registrierten Ansteckungen je 100 000 Einwohner im Zeitraum von einer Woche stetig. Sie lag nach Angaben des Landesgesundheitsamtes (LGA) am Dienstag bei 1277,8 – das sind 85,6 weniger als am Vortag und 418 Infektionen weniger als vor einer Woche.

Vor zwei Wochen war noch ein Wert von 1926,2 gemeldet worden. Die tatsächliche Inzidenz dürfte wegen einer nach wie vor hohen Dunkelziffer aber stets deutlich höher sein als der gemeldete Wert.

Die Zahl der Menschen, die nachweislich am oder im Zusammenhang mit dem Corona-Virus gestorben sind, verharrt jedoch auf hohem Niveau. Laut Landesgesundheitsamt kamen in Baden-Württemberg bislang 15 233 Menschen ums Leben, 46 von ihnen am Dienstag. lsw

Pandemie: Kretschmann hält zum Gesundheitsminister

Opposition will Lucha Rücktritt

Stuttgart. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hält an seinem Gesundheitsminister Manne Lucha (beide Grüne) trotz heftiger Kritik an dessen Corona-Politik fest. „Ich werde ihn nicht entlassen“, sagte der Regierungschef am Dienstag in Stuttgart. Hintergrund: SPD, FDP und auch die AfD wollen im Parlament Kretschmann dazu drängen, Lucha zu feuern.

Kretschmann sagte, man entlasse einen Minister bei persönlichem schweren Fehlverhalten und wenn er schweren Schaden angerichtet habe, das sei alles nicht der Fall. Lucha habe Fehler kommunikativer Art gemacht, daraus sei aber nichts gefolgt. Lucha habe einen „guten Job“ gemacht. Baden-Württemberg sei besser durch die Corona-Krise gekommen als andere Länder.

Die Opposition hält Lucha wegen Missmanagements in der Corona-Krise für nicht mehr tragfähig. Ein entsprechender Entlassungsantrag soll das Parlament am Donnerstag beschließen. Die AfD kündigte an, den Antrag von SPD und FDP zu unterstützen. Lucha habe monatelang viel Geld für die falschen Maßnahmen in der Corona-Krise ausgegeben, sagte Fraktionschef Bernd Gögel. „Learning by doing kann nicht zum Instrumentarium eines Ministers gehören.“

„Das perlt nicht ab“, sagte Lucha selbst am Dienstag. Er habe den Antrag zur Kenntnis genommen. Das sei das Recht der Opposition. Lucha sagte, er sei kein Heiliger, aber seit zwei Jahren 24/7 im Einsatz. lsw



Unter Druck: Gesundheitsminister Manfred Lucha. BILD: MARIJAN MURAT/DPA